

1966	Ausgegeben zu Bonn am 25. August 1966	Nr. 41
Tag	Inhalt	Seite
17. 8. 66	Bekanntmachung der Neufassung des Abkommens vom 22. Juli 1954 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und einiger anderer Steuern	745

**Bekanntmachung
der Neufassung des Abkommens vom 22. Juli 1954
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und einiger anderer Steuern**

Vom 17. August 1966

Auf Grund des Artikels 18 Abs. 2 des Protokolls vom 17. September 1965 (Bundesgesetzbl. II S. 1609) zur Änderung des Abkommens vom 22. Juli 1954 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen wird nachstehend der Wortlaut des Abkommens vom 22. Juli 1954 (Bundesgesetzbl. II S. 1117) unter Berücksichtigung des Protokolls vom 17. September 1965 bekanntgemacht.

Bonn, den 17. August 1966

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Grund

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den
Vereinigten Staaten von Amerika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen
und einiger anderer Steuern

Convention
between the Federal Republic of Germany and the
United States of America for the Avoidance of Double
Taxation with respect to Taxes on Income and to
certain other Taxes

vom 22. Juli 1954
in der Fassung des Protokolls vom 17. September 1965

Artikel I

(1) Die Steuern, auf die sich dieses Abkommen bezieht, sind:

- a) auf seiten der Vereinigten Staaten von Amerika:
die Bundeseinkommensteuern einschließlich der Zuschlagsteuern (surtaxes)
(im folgenden als „Steuer der Vereinigten Staaten“ bezeichnet);
- b) auf seiten der Bundesrepublik Deutschland:
die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Gewerbesteuer und
die Vermögensteuer
(im folgenden als „Steuer der Bundesrepublik“ bezeichnet).

(2) Das vorliegende Abkommen ist auch auf jede andere ihrem Wesen nach ähnliche Steuer anzuwenden, die nach seiner Unterzeichnung von einem der Vertragsstaaten erhoben wird.

(3) Die in diesem Abkommen enthaltenen Bestimmungen über die Besteuerung des Gewinns gelten auch für die in der Bundesrepublik erhobene, nicht nach dem Gewerbeertrag oder Gewerbekapital bemessene Gewerbesteuer.

Artikel II

(1) In diesem Abkommen bedeuten:

- a) der Begriff „Vereinigte Staaten“ die Vereinigten Staaten von Amerika; in geographischem Sinne verwendet umfaßt er ihre Staaten, die Territorien Alaska und Hawaii sowie den District of Columbia;
- b) der Begriff „Bundesrepublik“ die Bundesrepublik Deutschland; in geographischem Sinne verwendet um-

Article I

(1) The taxes referred to in this Convention are:

- (a) In the case of the United States of America:
the Federal income taxes, including surtaxes

(hereinafter referred to as "United States tax");
- (b) In the case of the Federal Republic of Germany:
the Einkommensteuer (income tax),
the Körperschaftsteuer (corporation tax),
the Gewerbesteuer (trade tax), and
the Vermögensteuer (capital tax)
(hereinafter referred to as "Federal Republic tax").

(2) The present Convention shall also apply to any other tax of a substantially similar character which may be imposed by one of the contracting States after the date of signature of the present Convention.

(3) The provisions of the present Convention in respect to the taxation of profits shall likewise apply to the Federal Republic trade tax (Gewerbesteuer) computed on a basis other than profits or capital.

Article II

(1) As used in this Convention:

- (a) The term "United States" means the United States of America, and when used in a geographical sense means the States, the Territories of Alaska and Hawaii, and the District of Columbia;
- (b) The term "Federal Republic" means the Federal Republic of Germany, and when used in a geographical

faßt er das Gebiet des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

- c) (aa) der Begriff „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit eines Unternehmens eines der Vertragstaaten ganz oder teilweise ausgeübt wird;

- (bb) der Begriff „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

einen Ort der Leitung,
eine Zweigniederlassung,
eine Geschäftsstelle,
ein Ladengeschäft oder eine andere Verkaufseinrichtung,
eine Fabrikationsstätte,
eine Werkstätte,
ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

- (cc) Ungeachtet des Buchstaben c (aa) begründen eine oder mehrere der folgenden Tätigkeiten keine Betriebsstätte:

das Benutzen von Einrichtungen zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens;

das Unterhalten von Beständen von Gütern oder Waren des Unternehmens zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung;

das Unterhalten von Beständen von Gütern oder Waren des Unternehmens zu dem Zweck, sie durch ein anderes Unternehmen bearbeiten oder verarbeiten zu lassen;

das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung zu dem Zweck, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung zu dem Zweck, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

- (dd) Hat ein Unternehmen eines der Vertragstaaten in dem anderen Staat keine Betriebsstätte im Sinne des Buchstaben c (aa) bis (cc), so wird es dennoch so behandelt, als habe es in dem letztgenannten Staat eine Betriebsstätte, wenn es in diesem Staat durch einen Vertreter gewerblich tätig ist, der eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und diese Vollmacht in diesem Staat regelmäßig ausübt, es sei denn, daß sich die Ausübung der Vollmacht auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

- (cc) Ein Unternehmen eines der Vertragstaaten wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Staat, weil es dort seine gewerbliche Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Person im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handelt.

- (ff) Der Umstand, daß eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten oder eine Körperschaft eines der Vertragstaaten (i) eine Körperschaft des anderen Staates beherrscht, von ihr beherrscht wird oder mit ihr zusammen von einem

sense means the territory over which the Basic Law for the Federal Republic of Germany is in effect;

- (c) (aa) The term "permanent establishment" means a fixed place of business in which the business of an enterprise of one of the contracting States is wholly or partly carried on.

- (bb) A permanent establishment shall include especially:

a place of management;
a branch;
an office;
a store or other sales outlet;

a factory;
a workshop;
a mine, quarry or other place of extraction of natural resources;
a building site or construction or assembly project which exists for more than twelve months.

- (cc) Notwithstanding subparagraph (c) (aa) of this paragraph a permanent establishment shall be deemed not to include one or more of the following activities:

the use of facilities for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise for the purpose of storage, display or delivery;

the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise for the purpose of processing by another enterprise;

the maintenance of a fixed place of business for the purpose of purchasing goods or merchandise, or for collecting information, for the enterprise;

the maintenance of a fixed place of business for the purpose of advertising, for the supply of information, for scientific research or for similar activities, if they have a preparatory or auxiliary character, for the enterprise.

- (dd) Even if an enterprise of one of the contracting States does not have a permanent establishment in the other State under subparagraph (c) (aa) to (cc) of this paragraph, nevertheless it shall be deemed to have a permanent establishment in the latter State if it is engaged in trade or business in that State through an agent who has an authority to conclude contracts in the name of the enterprise and regularly exercises that authority in that State, unless the exercise of authority is limited to the purchase of goods or merchandise for the account of the enterprise.

- (cc) An enterprise of one of the contracting States shall not be deemed to have a permanent establishment in the other State merely because it is engaged in trade or business in that other State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, where such person is acting in the ordinary course of business.

- (ff) The fact that a resident or a corporation of one of the contracting States controls, is controlled by, or is under common control with (i) a corporation of the other State or (ii) a corporation which engages in trade or business in that other

Dritten beherrscht wird oder (ii) eine Körperschaft beherrscht, von ihr beherrscht wird oder mit ihr zusammen von einem Dritten beherrscht wird, die in dem anderen Staat (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) gewerblich tätig ist, wird bei der Feststellung, ob diese Person oder Körperschaft eine Betriebsstätte in dem anderen Staat hat, nicht berücksichtigt.

- d) der Begriff „Unternehmen eines der Vertragstaaten“ je nach dem Zusammenhang ein amerikanisches oder deutsches Unternehmen;
- e) der Begriff „amerikanisches Unternehmen“ eine gewerbliche Unternehmung, die in den Vereinigten Staaten von einer natürlichen Person (als solcher oder als Gesellschafter einer Personengesellschaft) mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten oder von einem fiduciary der Vereinigten Staaten oder von einer amerikanischen Körperschaft oder einem anderen amerikanischen Rechtsträger betrieben wird; der Begriff „amerikanische Körperschaft oder anderer amerikanischer Rechtsträger“ die nach dem Recht der Vereinigten Staaten, ihrer Staaten oder Territorien errichteten oder organisierten Körperschaften oder anderen Rechtsträger;
- f) der Begriff „deutsches Unternehmen“ eine gewerbliche Unternehmung, die in der Bundesrepublik von einer natürlichen Person (als solcher oder als Gesellschafter einer Personengesellschaft) mit Wohnsitz in der Bundesrepublik oder von einer deutschen Gesellschaft betrieben wird; der Begriff „deutsche Gesellschaft“ juristische Personen sowie solche Rechtsträger, die nach den Gesetzen der Bundesrepublik steuerlich wie juristische Personen behandelt werden, wenn die Gesellschaft ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz in der Bundesrepublik hat; und
- g) der Begriff „zuständige Behörde“ auf seiten der Vereinigten Staaten den Commissioner of Internal Revenue im Rahmen der ihm vom Sekretär des Schatzamtes erteilten Vollmachten und auf seiten der Bundesrepublik den Bundesminister der Finanzen.

(2) Bei Anwendung der Vorschriften dieses Abkommens wird jeder Vertragsstaat, sofern sich aus dem Zusammenhang nicht etwas anderes ergibt, jedem nicht anders bestimmten Begriff den Sinn beilegen, der ihm nach den eigenen maßgebenden Gesetzen zukommt. Im Sinne dieses Abkommens umfaßt der Begriff „Wohnsitz“ in der Bundesrepublik auch den gewöhnlichen Aufenthalt.

Artikel III

(1) Gewerbliche Gewinne eines Unternehmens eines der Vertragstaaten sind in dem anderen Staat steuerbefreit, es sei denn, daß das Unternehmen in dem anderen Staat durch eine dort gelegene Betriebsstätte gewerblich tätig ist. Ist das Unternehmen auf diese Weise tätig, so kann der andere Staat die gewerblichen Gewinne des Unternehmens besteuern, jedoch nur insoweit, als sie der Betriebsstätte zugerechnet werden können oder als sie aus Quellen innerhalb dieses anderen Staates durch den Verkauf von Gütern oder Waren der gleichen Art wie die von der Betriebsstätte verkauften Gütern oder Waren oder durch andere Geschäfte erzielt werden, die von gleicher Art sind wie die von der Betriebsstätte getätigten Geschäfte.

(2) Ist ein Unternehmen eines der Vertragstaaten in dem anderen Staat durch eine dort gelegene Betriebsstätte gewerblich tätig, so sind dieser Betriebsstätte diejenigen

State (whether through a permanent establishment or otherwise) shall not be taken into account in determining whether such resident or corporation has a permanent establishment in that other State.

- (d) The term "enterprise of one of the contracting States" means, as the case may be, "United States enterprise" or "German enterprise";
- (e) The term "United States enterprise" means an industrial or commercial enterprise or undertaking carried on in the United States by a resident (including an individual in his individual capacity or as a member of a partnership) or a fiduciary of the United States or by a United States corporation or other entity; the term "United States corporation or other entity" means a corporation or other entity created or organized under the law of the United States or of any State or Territory of the United States;
- (f) The term "German enterprise" means an industrial or commercial enterprise or undertaking carried on in the Federal Republic by a natural person (including an individual in his individual capacity or as a member of a partnership) resident in the Federal Republic or by a German company; the term "German company" means juridical persons together with entities treated as juridical persons for tax purposes under the laws of the Federal Republic, if the company has its business management or seat in the Federal Republic; and*)
- (g) The term "competent authorities" means, in the case of the United States, the Commissioner of Internal Revenue as authorized by the Secretary of the Treasury; and in the case of the Federal Republic, the Federal Minister of Finance.*)

(2) In the application of the provisions of this Convention by one of the contracting States any term not otherwise defined shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which the term has under its own applicable laws. For the purposes of this Convention "residence" in the Federal Republic shall include the customary place of abode therein.

Article III

(1) Industrial or commercial profits of an enterprise of one of the contracting States shall be exempt from tax by the other State unless the enterprise is engaged in trade or business in such other State through a permanent establishment situated therein. If such enterprise is so engaged, tax may be imposed by such other State on the industrial or commercial profits of the enterprise but only on so much of them as are attributable to the permanent establishment or are derived from sources within such other State from sales of goods or merchandise of the same kind as those sold, or from other business transactions of the same kind as those effected, through the permanent establishment.

(2) Where an enterprise of one of the contracting States is engaged in trade or business in the other State through a permanent establishment situated therein, there shall

*) Fassung gemäß dem Notenwechsel vom 4. 17. Januar 1955 (Bekanntmachung des Bundesministers des Auswärtigen vom 5. April 1955, Bundesgesetzbl. II S. 624).

Gewinne aus gewerblicher Tätigkeit zuzurechnen, die sie als selbständiges Unternehmen aus gleicher oder ähnlicher Tätigkeit unter denselben oder ähnlichen Bedingungen und unabhängig von dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, hätte erzielen können. Erzielt das Unternehmen neben den durch die Betriebsstätte erzielten Gewinnen andere Gewinne der in Absatz 1 bezeichneten Art, so werden diese anderen Gewinne so behandelt, als seien sie durch die Betriebsstätte erzielt worden.

(3) Bei der Ermittlung der gewerblichen Gewinne eines Unternehmens eines der Vertragsstaaten, die in dem anderen Staat nach den Absätzen 1 und 2 besteuert werden können, sind alle Aufwendungen einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten zum Abzug zuzulassen, soweit sie in angemessener Weise mit den so zu besteuerten Gewinnen zusammenhängen, und zwar ohne Rücksicht darauf, wo diese Aufwendungen entstanden sind.

(4) Gewinne gelten nicht schon deshalb als aus Quellen innerhalb eines der Vertragsstaaten von einem Unternehmen des anderen Staates erzielt, weil eine Betriebsstätte des Unternehmens oder das Unternehmen selbst Güter oder Waren für Rechnung des Unternehmens einkauft.

(5) Der Begriff „gewerbliche Gewinne“ bedeutet Einkünfte eines Unternehmens aus der aktiven Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit und umfaßt auch die Einkünfte, die ein Unternehmen erzielt, indem es Dienstleistungen durch seine Angestellten oder andere Kräfte erbringen läßt; er umfaßt aber nicht die Einkünfte, die in Artikel VI Absätze 1 bis 6 (Dividenden), Artikel VII Absätze 1 und 2 (Zinsen), Artikel VIII Absätze 1 bis 3 (Lizenzgebühren), Artikel IX (Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen und Bodenschätzen), Artikel IX A Absätze 1, 2 und 4 (Veräußerungsgewinne) und Artikel X (Arbeit oder persönliche Dienste) behandelt sind.

Artikel IV

Wenn ein Unternehmen des einen Vertragsstaates vermöge seiner Beteiligung an der Geschäftsführung oder am finanziellen Aufbau eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates mit diesem Unternehmen wirtschaftliche oder finanzielle Bedingungen vereinbart oder ihm solche auferlegt, die von denjenigen, die mit einem unabhängigen Unternehmen vereinbart würden, abweichen, so dürfen Gewinne, die eines der beiden Unternehmen üblicherweise erzielt hätte, aber wegen dieser Bedingungen nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel V

Gewinne, die aus einem Unternehmen eines der Vertragsstaaten durch den Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen erzielt werden, sind in dem anderen Staat steuerbefreit.

Artikel VI*)

(1) Die Steuer der Vereinigten Staaten von Dividenden, die eine natürliche Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik oder eine deutsche Gesellschaft von einer ameri-

be attributed to such permanent establishment the industrial or commercial profits which it might be expected to derive if it were an independent enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing at arm's length with the enterprise of which it is a permanent establishment. Where the enterprise, in addition to the profits derived through the permanent establishment, derives other profits of the kind referred to in paragraph (1), such other profits shall be treated as if they were derived through the permanent establishment.

(3) In determining the industrial or commercial profits of an enterprise of one of the contracting States which are taxable in the other State in accordance with paragraphs (1) and (2), there shall be allowed as deductions all expenses, wherever incurred, which are reasonably connected with the profits so taxable, including executive and general administrative expenses.

(4) No profits shall be deemed to be derived from sources within one of the contracting States by an enterprise of the other State merely by reason of the purchase of goods or merchandise by a permanent establishment of the enterprise, or by the enterprise itself, for the account of the enterprise.

(5) The term "industrial or commercial profits" means income derived by an enterprise from the active conduct of a trade or business, including income derived by an enterprise from the furnishing of services of employees or other personnel, but does not include income dealt with in Article VI paragraphs (1) to (6) (dividends), Article VII paragraphs (1) and (2) (interest), Article VIII paragraphs (1) to (3) (royalties), Article IX (income from real property and natural resources), Article IX A paragraphs (1), (2) and (4) (capital gains) and Article X (labor and personal services).

Article IV

Where an enterprise of one of the contracting States, by reason of its participation in the management or the financial structure of an enterprise of the other contracting State, agrees to, or imposes on the latter enterprise, commercial or financial conditions differing from those which would be made with an independent enterprise, any profits which would normally have accrued to one of the enterprises, but by reason of those conditions have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article V

Profits derived by an enterprise of one of the contracting States from the operation of ships or aircraft, shall be exempt from tax by the other State.

Article VI*)

(1) Except as otherwise provided in this Article, United States tax on dividends received by a natural person resident in the Federal Republic or by a German

*) Nach Artikel 17 Abs. 2 Buchst. a des Protokolls vom 17. September 1965 ist Artikel VI in der vorstehenden Fassung auf die am oder nach dem 1. Januar 1965 gezahlten Dividenden und ist Absatz 3 des Artikels in der vorstehenden Fassung auf die am oder nach diesem Datum vorgenommenen Investitionen anzuwenden. Soweit sich dadurch bei der Besteuerung der in der Zeit vom 1. Januar bis 26. Oktober 1965 ausgeschütteten Dividenden insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Protokolls vom 17. September 1965 bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben (Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1965, Bundesgesetzbl. II S. 1609).

kanischen Körperschaft bezieht, darf, soweit dieser Artikel nichts anderes bestimmt, 15 vom Hundert des Bruttobetragts der Dividenden nicht übersteigen.

(2) Die Steuer der Bundesrepublik von Dividenden, die eine Person mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten, eine amerikanische Körperschaft oder ein anderer amerikanischer Rechtsträger von einer deutschen Gesellschaft bezieht, darf, soweit dieser Artikel nichts anderes bestimmt, 15 vom Hundert des Bruttobetragts der Dividenden nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 darf bei Dividenden, die eine amerikanische Körperschaft oder ein anderer amerikanischer Rechtsträger von einer deutschen Gesellschaft bezieht, deren stimmberechtigte Anteile der erstgenannten Körperschaft oder dem erstgenannten Rechtsträger zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar gehören, die Steuer der Bundesrepublik 15 vom Hundert, jedoch nicht 25 vom Hundert des Teiles der Dividenden übersteigen, der nach Absatz 5 als reinvestiert gilt. Der vorhergehende Satz ist nur anwendbar, wenn die Bundesrepublik im Zeitpunkt der Dividendenausschüttung eine Körperschaftsteuer von den ausgeschütteten Gewinnen der deutschen Gesellschaft zu einem Vomhundertsatz erhebt, der mindestens 20 Punkte niedriger ist als der Satz der Körperschaftsteuer für nichtausgeschüttete Gewinne.

(4) Absatz 3 gilt sinngemäß für die Steuer der Vereinigten Staaten von Dividenden, die eine deutsche Gesellschaft von einer amerikanischen Körperschaft bezieht.

(5) Führt die amerikanische Körperschaft der deutschen Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar Geld oder andere Vermögenswerte als Darlehen oder zur Erhöhung des Gesellschaftskapitals oder in einer anderen Anlageform zu und übersteigt der auf diese Weise zugeführte Betrag 7,5 vom Hundert der Dividenden, die die amerikanische Körperschaft von der deutschen Gesellschaft in dem Kalenderjahr bezieht, in dem die Zuführung stattfindet, so gilt bis zur Höhe der Dividenden der gesamte zugeführte Betrag als im Sinne des Absatzes 3 aus den Dividenden reinvestiert, die die amerikanische Körperschaft von der deutschen Gesellschaft

- a) in dem der Zuführung vorausgehenden Kalenderjahr,
- b) in dem Kalenderjahr, in dem die Zuführung stattfindet, und
- c) im folgenden Kalenderjahr,

und zwar in dieser Reihenfolge, bezieht. Bei den in einem bestimmten Jahr gezahlten Dividenden sind zuerst die in dem vorangehenden Jahr zugeführten Beträge zu berücksichtigen, jedoch nur insoweit, als sie als reinvestiert gelten und als sie nicht schon bei früher ausgeschütteten Dividenden zu einer Besteuerung nach Absatz 3 geführt haben.

(6) Ermäßigungen oder Erstattungen der im Abzugswege erhobenen Steuer von Dividenden, auf die Absatz 3 oder Absatz 4 Anwendung findet, unterliegen dem Vorbehalt, daß die nachgelassene oder erstattete Steuer nachzuzahlen ist, sofern sie auf Grund einer Zuführung, die als Reinvestition im Sinne des Absatzes 5 gilt, geschuldet wird; die die Dividenden beziehende Körperschaft und die ausschüttende Gesellschaft haften für die nachzuzahlende Steuer gesamtschuldnerisch.

(7) Die vorstehenden Bestimmungen sind nicht anzuwenden, wenn der Empfänger der Dividenden im Falle der Absätze 1 und 4 in den Vereinigten Staaten und im Falle der Absätze 2 und 3 in der Bundesrepublik eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für welche die Dividenden gezahlt werden, zu dieser Betriebsstätte tatsächlich gehört.

company from a United States corporation shall not exceed 15 percent of the gross amount of the dividends.

(2) Except as otherwise provided in this Article, Federal Republic tax on dividends received by a resident or corporation or other entity of the United States from a German company shall not exceed 15 percent of the gross amount of the dividends.

(3) Notwithstanding paragraph (2) of this Article, Federal Republic tax on dividends received by a United States corporation or other entity from a German company at least 10 percent of the voting shares of which are owned directly by the former corporation or entity may exceed 15 percent but shall not exceed 25 percent of that portion of any dividend which, under paragraph (5) of this Article, is deemed reinvested. The foregoing provision shall apply only if at the time the dividend is distributed the Federal Republic imposes a corporation tax on the distributed profits of the German company at a rate at least 20 percentage points lower than the corporation tax imposed upon its undistributed profits.

(4) The provisions of paragraph (3) of this Article shall apply, mutatis mutandis, to United States tax imposed on dividends received by a German company from a United States corporation.

(5) For purposes of paragraph (3) of this Article, if the United States corporation transfers money or other property, directly or indirectly, to the German company as a loan or as an increase in the equity capital of the German company, or as any other form of investment in such company, and if the amount so transferred exceeds 7.5 percent of the dividends received by the United States corporation from the German company in the calendar year in which such transfer is made, then the entire amount transferred shall be deemed to be a reinvestment of dividends received from the German company

- (a) in the calendar year preceding the year in which the amount is transferred,
- (b) in the calendar year in which the amount is transferred, and
- (c) in the following calendar year,

in that order and to the extent of such dividends. With respect to dividends paid in any year there shall first be taken into account the amounts transferred in the preceding year to the extent that such amounts were deemed to be reinvestments and did not result in the imposition of tax under paragraph (3) of this Article on any prior dividend.

(6) Any reduction in withholding or refund of tax withheld on dividends to which paragraph (3) or paragraph (4) is applicable is subject to recapture if tax becomes due by reason of transfers that are deemed reinvestments under paragraph (5), the corporation receiving and that paying the dividend being jointly and severally liable for such recapture.

(7) The foregoing provisions shall not apply, if the recipient of the dividends has a permanent establishment in the United States, for the purposes of paragraphs (1) and (4), or in the Federal Republic, for the purposes of paragraphs (2) and (3), and the holding giving rise to the dividends is effectively connected with such permanent establishment.

(8) Der Begriff „Dividenden“ umfaßt auf seiten der Bundesrepublik neben den Ausschüttungen einer Aktiengesellschaft auch Ausschüttungen auf Anteile an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, an einer Kapitalanlagegesellschaft oder an einer Kommanditgesellschaft auf Aktien sowie Einkünfte aus Kuxen oder Genußscheinen oder Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter.

Artikel VII

(1) Zinsen aus Obligationen, Kassenscheinen, Schuldverschreibungen, Wertpapieren oder anderen Schuldverpflichtungen (einschließlich der durch Hypotheken oder andere Grundpfandrechte gesicherten Schulden), die eine natürliche Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik oder eine deutsche Gesellschaft bezieht, sind in den Vereinigten Staaten steuerbefreit.

(2) Zinsen aus Obligationen, Kassenscheinen, Schuldverschreibungen, Wertpapieren oder anderen Schuldverpflichtungen (einschließlich der durch Hypotheken oder andere Grundpfandrechte gesicherten Schulden), die eine Person mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten, eine amerikanische Körperschaft oder ein anderer amerikanischer Rechtsträger bezieht, sind in der Bundesrepublik steuerbefreit.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der Empfänger der Zinsen im Falle des Absatzes 1 in den Vereinigten Staaten und im Falle des Absatzes 2 in der Bundesrepublik eine Betriebsstätte hat und die Forderung, für welche die Zinsen gezahlt werden, zu dieser Betriebsstätte tatsächlich gehört.

(4) Bestehen zwischen Schuldner und Empfänger oder zwischen ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Empfänger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel VIII*)

(1) Lizenzgebühren, die eine natürliche Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik oder eine deutsche Gesellschaft bezieht, sind in den Vereinigten Staaten steuerbefreit.

(2) Lizenzgebühren, die eine Person mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten, eine amerikanische Körperschaft oder ein anderer amerikanischer Rechtsträger bezieht, sind in der Bundesrepublik steuerbefreit.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Begriff „Lizenzgebühren“

a) bedeutet Lizenzgebühren, Mieten oder andere Beträge, die als Vergütung für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Urheberrechten, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken (einschließlich kinematographischer Filme sowie Filme und Bänder für Rundfunk- oder Fernsehsendungen), von Patenten, Mustern, Plänen, geheimen Verfahren und Formeln,

(8) The term "dividends" shall include in the case of the Federal Republic, in addition to distributions by an "Aktiengesellschaft" (stock corporation), distributions with respect to shares in a "Gesellschaft mit beschränkter Haftung" (private limited company), in a "Kapitalanlagegesellschaft" (investment trust) or in a "Kommanditgesellschaft auf Aktien" (partnership limited by shares) and income derived from "Kuxe" (mining shares), from "Genußscheine" (profit participation certificates), or by a "stiller Gesellschafter" (sleeping partner) from his participation as such.

Article VII

(1) Interest on bonds, notes, debentures, securities or on any other form of indebtedness (including debts secured by mortgages or other encumbrances on real property) derived by a natural person resident in the Federal Republic or by a German company shall be exempt from tax by the United States.

(2) Interest on bonds, notes, debentures, securities or on any other form of indebtedness (including debts secured by mortgages or other encumbrances on real property) derived by a resident or corporation or other entity of the United States shall be exempt from tax by the Federal Republic.

(3) Paragraph (1) or paragraph (2) of this Article shall not apply if the recipient of the interest has a permanent establishment in the United States, for purposes of paragraph (1), or in the Federal Republic, for purposes of paragraph (2), and the debt-claim giving rise to the interest is effectively connected with such permanent establishment.

(4) Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the interest paid, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article VIII*)

(1) Royalties derived by a natural person resident in the Federal Republic or by a German company shall be exempt from tax by the United States.

(2) Royalties derived by a resident or corporation or other entity of the United States shall be exempt from tax by the Federal Republic.

(3) The term "royalties", as used in this Article,

a) means any royalties, rentals or other amounts paid as consideration for the use of, or the right to use, copyrights, artistic or scientific works (including motion picture films, or films or tapes for radio or television broadcasting), patents, designs, plans, secret processes or formulae, trade-marks, or other like property or rights, or for industrial, commercial or

*) Artikel VIII in der vorstehenden Fassung ist nach Artikel 17 Abs. 2 Buchst. b des Protokolls vom 17. September 1965 auf alle am oder nach dem 1. Januar 1963 geleisteten Zahlungen anzuwenden.

Warenzeichen sowie ähnlichen Vermögenswerten oder Rechten oder für gewerbliche und wissenschaftliche Ausrüstungen oder für Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten (know-how) gezahlt werden, und

b) umfaßt auch Gewinne aus der Veräußerung von Rechten oder Vermögenswerten, für die derartige Lizenzgebühren gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren im Falle des Absatzes 1 in den Vereinigten Staaten und im Falle des Absatzes 2 in der Bundesrepublik eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Lizenzgebühren gezahlt werden, zu dieser Betriebsstätte tatsächlich gehören.

(5) Bestehen zwischen Schuldner und Empfänger oder zwischen ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Empfänger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel IX

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das in einem der Vertragsstaaten liegt, sowie die Vergütungen für die Ausbeutung von Bergwerken, Steinbrüchen oder anderen Bodenschätzen, die in diesem Staat liegen, einschließlich der Gewinne aus der Veräußerung der vorstehend genannten Vermögenswerte, können in diesem Staat besteuert werden.

(2) Eine natürliche Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik oder eine deutsche Gesellschaft, die mit den in Absatz 1 genannten Einkünften in den Vereinigten Staaten steuerpflichtig sind, sowie eine Person mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten, eine amerikanische Körperschaft oder ein anderer amerikanischer Rechtsträger, die mit den in Absatz 1 genannten Einkünften in der Bundesrepublik steuerpflichtig sind, können für jedes Steuerjahr verlangen, daß die Steuer von diesen Einkünften nach dem Nettoergebnis berechnet wird, und zwar zu den Steuersätzen, die bei einer Person mit Wohnsitz in dem Vertragsstaat, in dem das Vermögen gelegen ist, oder bei einer Gesellschaft dieses Vertragsstaates anzuwenden wären.

Artikel IX A

(1) Gewinne, die eine natürliche Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik oder eine deutsche Gesellschaft aus der Veräußerung von Vermögenswerten (mit Ausnahme der Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, das in Artikel IX dieses Abkommens bezeichnet ist) bezieht, sind in den Vereinigten Staaten steuerbefreit.

(2) Gewinne, die eine in den Vereinigten Staaten ansässige Person, eine amerikanische Körperschaft oder ein anderer amerikanischer Rechtsträger aus der Veräußerung von Vermögenswerten (mit Ausnahme der Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, das in Artikel IX dieses Abkommens bezeichnet ist) bezieht, sind in der Bundesrepublik steuerbefreit.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn die Person, die den Veräußerungsgewinn bezieht, im Falle des Absatzes 1 in den Vereinigten Staaten und im Falle des Absatzes 2 in der Bundesrepublik eine Betriebsstätte hat und der Gewinn aus der Veräußerung eines

scientific equipment, or for knowledge, experience or skill (know-how) and

(b) shall include gains derived from the alienation of any right or property giving rise to such royalties.

(4) Paragraph (1) or paragraph (2) of this Article shall not apply if the recipient of the royalties has a permanent establishment in the United States, for purposes of paragraph (1), or in the Federal Republic, for purposes of paragraph (2), and the right or property giving rise to the royalties is effectively connected with such permanent establishment.

(5) Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the royalties paid, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article IX

(1) Income from real property situated in one of the contracting States and royalties in respect of the operation of mines, quarries or other natural resources located within that State, including gains derived from the alienation of items of the aforementioned property, may be taxed by that State.

(2) A natural person resident in the Federal Republic or a German company subject to tax in the United States, or a resident or corporation or other entity of the United States subject to tax in the Federal Republic, on any income mentioned in paragraph (1) of this Article may elect for any taxable year to compute tax on such income on a net basis at the tax rates that would apply to a resident or company of the contracting State in which the property is situated.

Article IX A

(1) Gain derived by a natural person resident in the Federal Republic or by a German company from the alienation of a capital asset (other than gain from the alienation of property referred to in Article IX of this Convention) shall be exempt from tax by the United States.

(2) Gain derived by a resident or corporation or other entity of the United States from the alienation of a capital asset (other than gain from the alienation of property referred to in Article IX of this Convention) shall be exempt from tax by the Federal Republic.

(3) Paragraph (1) or paragraph (2) of this Article shall not apply if the person deriving the gain has a permanent establishment in the United States, for purposes of paragraph (1), or in the Federal Republic, for purposes of paragraph (2), and the gain is derived from the aliena-

Vermögenswertes bezogen wird, der zu dieser Betriebsstätte tatsächlich gehört.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn

- a) der Veräußerungsgewinn von einer natürlichen Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik bezogen wird, die sich in den Vereinigten Staaten insgesamt mindestens 183 Tage während des Steuerjahres aufhält, und
- b) der veräußerte Vermögenswert nicht länger als sechs Monate im Eigentum dieser Person stand.

Artikel X

(1) Vergütungen für Arbeit oder persönliche Dienste (einschließlich der Vergütungen für die Ausübung eines freien Berufes und der Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied), die eine natürliche Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik außerhalb der Vereinigten Staaten leistet, sind in den Vereinigten Staaten steuerbefreit.

(2) Vergütungen für Arbeit oder persönliche Dienste (einschließlich der Vergütungen für die Ausübung eines freien Berufes und der Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied), die eine natürliche Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik in den Vereinigten Staaten leistet, sind in den Vereinigten Staaten steuerbefreit, wenn

- a) die Person sich in den Vereinigten Staaten insgesamt nicht länger als 183 Tage während eines Steuerjahres aufhält,
- b) die Arbeit oder persönlichen Dienste auf Grund eines Arbeitsverhältnisses oder eines Vertrages mit einer natürlichen Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik oder mit einer deutschen Gesellschaft geleistet werden und die Vergütung von dieser Person oder Gesellschaft getragen wird und
- c) die Vergütung nicht von einer Betriebsstätte getragen wird, die diese Person oder Gesellschaft in den Vereinigten Staaten hat.

(3) Vergütungen für Arbeit oder persönliche Dienste (einschließlich der Vergütungen für die Ausübung eines freien Berufes und der Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied), die eine Person mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten außerhalb der Bundesrepublik leistet, sind in der Bundesrepublik steuerbefreit.

(4) Vergütungen für Arbeit oder persönliche Dienste (einschließlich der Vergütungen für die Ausübung eines freien Berufes und der Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied), die eine Person mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik leistet, sind in der Bundesrepublik steuerbefreit, wenn

- a) die Person sich in der Bundesrepublik insgesamt nicht länger als 183 Tage während eines Steuerjahres aufhält,
- b) die Arbeit oder persönlichen Dienste auf Grund eines Arbeitsverhältnisses oder eines Vertrages mit einer Person mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten oder mit einer amerikanischen Körperschaft oder einem anderen amerikanischen Rechtsträger geleistet werden und die Vergütung von dieser Person oder Körperschaft oder diesem anderen Rechtsträger getragen wird und
- c) die Vergütung nicht von einer Betriebsstätte getragen wird, die diese Person oder Körperschaft oder dieser andere Rechtsträger in der Bundesrepublik hat.

Artikel XI

- (1) a) Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen sowie Ruhegehälter, die die Vereinigten Staaten, ihre Staaten, Territorien oder Gebietskörper-

tion of a capital asset which is effectively connected with such permanent establishment.

(4) Paragraph (1) of this Article shall not apply if:

- (a) the person deriving the gain is a natural person resident in the Federal Republic who is present in the United States for a period equal to or exceeding an aggregate of 183 days during the taxable year, and
- (b) the asset alienated was held by such person for six months or less.

Article X

(1) Compensation for labor or personal services (including compensation derived from the practice of a liberal profession and the rendition of services as a director) performed outside the United States by a natural person resident in the Federal Republic shall be exempt from tax by the United States.

(2) Compensation for labor or personal services (including compensation derived from the practice of a liberal profession and the rendition of services as a director) performed in the United States by a natural person resident in the Federal Republic shall be exempt from tax by the United States if—

- (a) he is present in the United States for a period or periods not exceeding a total of 183 days during a taxable year,
- (b) such labor or personal services are performed as an employee of, or under contract with, a natural person resident in the Federal Republic or a German company, and such compensation is borne by such resident or company, and
- (c) such compensation is not borne by a permanent establishment which such resident or company has in the United States.

(3) Compensation for labor or personal services (including compensation derived from the practice of a liberal profession and the rendition of services as a director) performed outside the Federal Republic by a resident of the United States shall be exempt from tax by the Federal Republic.

(4) Compensation for labor or personal services (including compensation derived from the practice of a liberal profession and the rendition of services as a director) performed in the Federal Republic by a resident of the United States shall be exempt from tax by the Federal Republic if—

- (a) he is present in the Federal Republic for a period or periods not exceeding a total of 183 days during a taxable year,
- (b) such labor or personal services are performed as an employee of, or under contract with, a resident or corporation or other entity of the United States and such compensation is borne by such resident or corporation or other entity, and
- (c) such compensation is not borne by a permanent establishment which such resident or corporation or other entity has in the Federal Republic.

Article XI

- (1) (a) Wages, salaries and similar compensation and pensions paid by the United States or by its states, territories or political subdivisions, to a

schaften an natürliche Personen außer deutschen Staatsangehörigen zahlen, sind in der Bundesrepublik steuerbefreit.

- b) Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen sowie Ruhegehälter, die die Bundesrepublik, die Länder, Gemeinden oder eine ihrer öffentlich-rechtlichen Rentenanstalten an natürliche Personen außer Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten und außer natürlichen Personen, denen die Einreise in die Vereinigten Staaten zur Gründung eines ständigen Wohnsitzes gestattet worden ist, zahlen, sind in den Vereinigten Staaten steuerbefreit.
- c) Ruhegehälter, Renten und andere Beträge, die einer der Vertragstaaten oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts dieses Staates als Vergütung für einen Schaden zahlt, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist, sind in dem anderen Staat steuerbefreit.
- d) Im Sinne dieses Absatzes umfaßt der Begriff „Ruhegehälter“ auch Renten, die an im Ruhestand befindliche zivile Angehörige des öffentlichen Dienstes gezahlt werden.

(2) Private Ruhegehälter und private Leibrenten, die eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten aus Quellen innerhalb des anderen Staates bezieht, sind in dem anderen Staat steuerbefreit.

(3) Unter dem in diesem Artikel verwendeten Begriff „Ruhegehälter“ sind regelmäßig wiederkehrende Vergütungen zu verstehen, die im Hinblick auf geleistete Dienste oder zum Ausgleich erlittener Personenschäden gezahlt werden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Begriff „Leibrenten“ bedeutet bestimmte Beträge, die regelmäßig an festen Terminen auf Lebenszeit oder während einer bestimmten Anzahl von Jahren auf Grund einer Verpflichtung zahlbar sind, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert erbrachte angemessene Leistung vorsieht.

Artikel XII

Ein Hochschullehrer oder Lehrer mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten, der sich vorübergehend für höchstens zwei Jahre zu Unterrichtszwecken an einer Universität, einem College, einer Schule oder anderen Lehranstalt des anderen Staates aufhält, ist in dem anderen Staat von der Steuer auf die Einkünfte aus dieser Lehrtätigkeit während des genannten Zeitraums befreit.

Artikel XIII

(1) Eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten, die sich ausschließlich als Student an einer Universität, einem College, einer Schule oder anderen Lehranstalt in dem anderen Staat vorübergehend aufhält, ist von der Steuer des anderen Staates auf Überweisungen aus dem Ausland für Studienkosten und Unterhalt befreit.

(2) Ein Lehrling (in der Bundesrepublik einschließlich der Volontäre und Praktikanten) mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten, der sich vorübergehend in dem anderen Staat ausschließlich zum Erwerb geschäftlicher oder technischer Erfahrungen aufhält, ist von der Steuer des anderen Staates auf Überweisungen aus dem Ausland für Studienkosten und Unterhalt befreit.

(3) Eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten, die einen Zuschuß, Unterhaltsbetrag oder einen

natural person, other than a German citizen, shall be exempt from tax by the Federal Republic.

- (b) Wages, salaries and similar compensation and pensions paid by the Federal Republic or by its Laender or by municipalities, or by a public pension fund thereof, to a natural person, other than a citizen of the United States and other than an individual who has been admitted to the United States for permanent residence therein, shall be exempt from tax by the United States.
- (c) Pensions, annuities and other amounts paid by one of the contracting States or by a juridical person organized under the public laws of that State as compensation for an injury or damage sustained as a result of hostilities or political persecution shall be exempt from tax by the other State.
- (d) For the purposes of this paragraph the term "pensions" shall be deemed to include annuities paid to a retired civilian government employee.

(2) Private pensions and private life annuities which are derived from sources within one of the contracting States and are paid to a natural person resident in the other State shall be exempt from taxation by the former State.

(3) The term "pensions", as used in this Article, means periodic payments made in consideration for services rendered or by way of compensation for injuries received.

(4) The term "life annuities", as used in this Article, means a stated sum payable periodically at stated times during life, or during a specified number of years, under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money's worth.

Article XII

A professor or teacher, a resident of one of the contracting States, who temporarily visits the other contracting State for the purpose of teaching for a period not exceeding two years at a university, college, school or other educational institution in the other contracting State, shall be exempted by the other contracting State from tax on his remuneration for such teaching during that period.

Article XIII

(1) A resident of one of the contracting States who is temporarily present in the other contracting State solely as a student at a university, college, school or other educational institution in the other contracting State, shall be exempt from tax by the latter State with respect to remittances from abroad for study and maintenance.

(2) An apprentice (inclusive of Volontaere and Praktikanten in the Federal Republic), a resident of one of the contracting States who is temporarily present in the other contracting State exclusively for the purposes of acquiring business or technical experience shall be exempt from tax by the latter State in respect of remittances from abroad for study and maintenance.

(5) A resident of one of the contracting States who is a recipient of a grant, allowance or award from a non-

Preis von einer religiösen, mildtätigen, wissenschaftlichen, literarischen oder pädagogischen, nicht auf Gewinnerzielung gerichteten Organisation erhält, ist von der Steuer des anderen Staates auf derartige Zahlungen dieser Organisationen (außer Vergütungen für persönliche Dienstleistungen) befreit.

(4) Eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten, die ein Angestellter eines Unternehmens dieses Staates oder einer der in Absatz 3 genannten Organisationen ist und die sich vorübergehend für einen Zeitraum von nicht mehr als einem Jahr in dem anderen Staat ausschließlich zu dem Zweck aufhält, technische, berufliche oder geschäftliche Erfahrungen von einer anderen Person als diesem Unternehmen oder dieser Organisation zu erwerben, ist in dem anderen Staat von der Steuer auf Vergütungen aus dem Ausland, die von dem erstgenannten Unternehmen oder der erstgenannten Organisation gezahlt werden, befreit, wenn ihre jährliche Vergütung für Dienstleistungen ohne Rücksicht darauf, wo sie geleistet werden, 10 000 Dollar nicht übersteigt.

Artikel XIV

(1) Dividenden und Zinsen, die eine deutsche Gesellschaft zahlt (außer wenn sie gleichzeitig eine amerikanische Körperschaft ist), sind in den Vereinigten Staaten steuerbefreit, wenn der Empfänger ein Ausländer ohne Wohnsitz in den Vereinigten Staaten oder eine ausländische Körperschaft ist.

(2) Dividenden und Zinsen, die eine amerikanische Körperschaft zahlt, sind in der Bundesrepublik steuerbefreit, wenn der Empfänger in der Bundesrepublik keinen Wohnsitz hat oder keine deutsche Gesellschaft ist.

Artikel XIV A

Für die Steuern vom Vermögen gilt folgendes:

1. Das in Artikel IX genannte Vermögen kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.
2. Vorbehaltlich des Absatzes 3 kann Vermögen, das zu einer Betriebsstätte eines Unternehmens eines der Vertragsstaaten tatsächlich gehört, mit Ausnahme des in Absatz 1 bezeichneten Vermögens, in dem Staat besteuert werden, in dem die Betriebsstätte gelegen ist.
3. Seeschiffe und Luftfahrzeuge eines Unternehmens eines der Vertragsstaaten und das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dienende Vermögen, mit Ausnahme des in Absatz 1 bezeichneten Vermögens, sind in dem anderen Staat steuerbefreit.
4. a) Alle anderen Vermögensteile einer natürlichen Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik oder einer deutschen Gesellschaft sind in den Vereinigten Staaten steuerbefreit.
- b) Alle anderen Vermögensteile einer Person mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten, einer amerikanischen Körperschaft oder eines anderen amerikanischen Rechtsträgers sind in der Bundesrepublik steuerbefreit.

Artikel XV

(1) Eine Doppelbesteuerung ist in der folgenden Weise zu vermeiden:

- a) Bei der Festsetzung der Steuer der Vereinigten Staaten dürfen die Vereinigten Staaten ungeachtet anderer Vorschriften dieses Abkommens bei ihren Staatsange-

profit religious, charitable, scientific, literary or educational organization, shall be exempt from tax by the other State on such payments from such organization (other than compensation for personal services).

(4) A resident of one of the contracting States who is an employee of an enterprise of such State or an organization described in paragraph (3) of this Article, and who is temporarily present in the other contracting State for a period not exceeding one year solely to acquire technical, professional or business experience from any person other than such enterprise or organization, shall be exempt from tax by such other State on compensation from abroad paid by such enterprise or organization if his annual compensation for services wherever performed does not exceed \$ 10,000.

Article XIV

(1) Dividends and interest paid by a German company (other than a United States corporation) shall be exempt from United States tax where the recipient is a nonresident alien or a foreign corporation.

(2) Dividends and interest paid by a United States corporation shall be exempt from tax by the Federal Republic where the recipient is not a resident or company of the Federal Republic.

Article XIV A

With respect to taxes on capital, the following provisions shall apply:

- (1) Capital represented by property mentioned in Article IX may be taxed in the contracting State in which such property is situated.
- (2) Subject to the provisions of paragraph (3) below, capital represented by assets, other than property referred to in paragraph (1), which are effectively connected with a permanent establishment of an enterprise of one of the contracting States may be taxed in the State in which the permanent establishment is situated.
- (3) Ships and aircraft of an enterprise of one of the contracting States and assets, other than property referred to in paragraph (1), pertaining to the operation of such ships or aircraft shall be exempt from tax by the other State.
- (4) (a) All other elements of capital of a natural person resident in the Federal Republic or of a German company shall be exempt from tax by the United States.
- (b) All other elements of capital of a resident or corporation or other entity of the United States shall be exempt from tax by the Federal Republic.

Article XV

(1) It is agreed that double taxation shall be avoided in the following manner:

- (a) The United States, in determining United States tax in the case of its citizens, residents or corporations, may, regardless of any other provision of this Con-

hörigen, den Personen mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten und amerikanischen Körperschaften alle Einkommensteile, die nach den amerikanischen Steuergesetzen steuerpflichtig sind, so in die Bemessungsgrundlage dieser Steuer einbeziehen, als sei dieses Abkommen nicht anzuwenden. Die Vereinigten Staaten rechnen aber bei ihren Staatsangehörigen, Personen mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten und amerikanischen Körperschaften auf die Steuer der Vereinigten Staaten den Betrag der gezahlten Steuer der Bundesrepublik an, mit Ausnahme der Vermögensteuer und der nicht nach dem Gewerbeertrag bemessenen Gewerbesteuer. Der anzurechnende Betrag bemißt sich nach der Höhe der gezahlten Steuer der Bundesrepublik, darf aber den Teil der Steuer der Vereinigten Staaten nicht übersteigen, der dem Verhältnis der Einkünfte aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik zu den gesamten Einkünften entspricht. Dabei besteht Einverständnis darüber, daß die Bundesrepublik auf Grund dieses Artikels in bezug auf die Steuer der Bundesrepublik die im Internal Revenue Code geforderte Voraussetzung der Gegenseitigkeit (similar credit requirement) erfüllt.

b) 1. Bei einer natürlichen Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik und einer deutschen Gesellschaft wird die Steuer der Bundesrepublik wie folgt festgesetzt:

(aa) Von der Bemessungsgrundlage der Steuer der Bundesrepublik werden die Einkünfte aus Quellen innerhalb der Vereinigten Staaten und die innerhalb der Vereinigten Staaten gelegenen Vermögensteile ausgenommen, die nach diesem Abkommen in den Vereinigten Staaten nicht steuerbefreit sind, es sei denn, daß Buchstabe (bb) anzuwenden ist. Die Bundesrepublik behält aber das Recht, die auf diese Weise ausgenommenen Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen. Bei Einkünften aus Dividenden ist Satz 1 jedoch nur auf die Dividenden anzuwenden, die nach dem Recht der Vereinigten Staaten steuerpflichtig sind und einer deutschen Kapitalgesellschaft von einer amerikanischen Körperschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft unmittelbar gehören. Von der Bemessungsgrundlage der Steuer der Bundesrepublik werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach dem vorhergehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.

(bb) Die Steuer der Vereinigten Staaten, die nach den amerikanischen Gesetzen und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen von den nachstehenden Einkünften zu entrichten ist, wird auf die Steuer der Bundesrepublik vom Einkommen angerechnet, die erhoben wird von

- i) den nicht unter Buchstabe (aa) fallenden Dividenden;
- ii) den Löhnen, Gehältern, Ruhegehältern und ähnlichen Vergütungen, die die Vereinigten Staaten, ihre Staaten, Territorien oder Gebietskörperschaften zahlen und die nach Artikel XI Absatz 1 Buchstabe a von der Steuer der Bundesrepublik nicht befreit sind.

Der anzurechnende Betrag darf den Teil der Steuer der Bundesrepublik nicht übersteigen,

include in the basis upon which such tax is imposed all items of income taxable under the revenue laws of the United States as if this Convention had not come into effect. The United States shall, however, allow to a citizen, resident or corporation of the United States as a credit against United States tax the appropriate amount of Federal Republic tax paid, other than the Vermögensteuer (capital tax) and that portion of the Gewerbesteuer (trade tax) computed on a basis other than profits. Such appropriate amount shall be based upon the amount of Federal Republic tax paid but shall not exceed that portion of the United States tax which net income from sources within the Federal Republic bears to the entire net income. It is agreed, that, by virtue of the provisions of this Article, the Federal Republic satisfies the similar credit requirement of the Internal Revenue Code with respect to Federal Republic tax.

(b) 1. Federal Republic tax shall be determined in the case of a natural person resident in the Federal Republic or of a German company as follows:

(aa) Unless the provisions of subparagraph (bb) below apply, there shall be excluded from the basis upon which Federal Republic tax is imposed, any item of income from sources within the United States or any item of capital situated within the United States which, according to this Convention, is not exempt from tax by the United States. The Federal Republic, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income or capital so excluded. The first sentence shall, in the case of income from dividends, apply only to such dividends subject to tax under United States law as are paid to a German company limited by shares (Kapitalgesellschaft) by a United States corporation, at least 25 percent of the voting shares of which are owned directly by the first-mentioned company. There shall also be excluded from the basis upon which Federal Republic tax is imposed any participation the dividends on which are excluded, or if paid would be excluded, from the tax basis according to the foregoing sentence.

(bb) United States tax payable under the laws of the United States and in accordance with this Convention on the following items of income shall be allowed as a credit against such Federal Republic tax on income as is payable in respect of the following items of income:

- (i) dividends not dealt with in subparagraph (aa) above;
- (ii) wages, salaries, pensions and similar compensation paid by the United States or by its states, territories or political subdivisions, not being exempt from Federal Republic tax under Article XI, paragraph (1), subparagraph (a) of this Convention.

Such credit shall not exceed that portion of the Federal Republic tax which such items

der dem Verhältnis dieser Einkünfte zu dem Gesamtbetrag der Einkünfte entspricht.

2. Ist eine natürliche Person in der Bundesrepublik unbeschränkt steuerpflichtig und hat sie zugleich nach dem Steuerrecht der Vereinigten Staaten einen Wohnsitz in den Vereinigten Staaten oder ist sie ein amerikanischer Staatsangehöriger, so ist Nummer 1 Buchstabe (aa) auf diejenigen Einkünfte aus Quellen innerhalb der Vereinigten Staaten und diejenigen in den Vereinigten Staaten gelegenen Vermögensteile anzuwenden, die nach Nummer 1 Buchstabe (aa) in der Bundesrepublik dann steuerbefreit sind, wenn die natürliche Person, der die Einkünfte zufließen oder der die Vermögensteile gehören, weder nach dem Steuerrecht der Vereinigten Staaten einen Wohnsitz in den Vereinigten Staaten hat noch amerikanischer Staatsangehöriger ist. Die anderen Einkünfte und Vermögensteile werden in die Bemessungsgrundlage der Steuer der Bundesrepublik einbezogen, als sei dieses Abkommen nicht anzuwenden. Die Steuer der Vereinigten Staaten von diesen anderen Einkünften aus Quellen innerhalb der Vereinigten Staaten wird aber nach § 34c des deutschen Einkommensteuergesetzes in seiner jeweils gültigen Fassung auf die Einkommensteuer der Bundesrepublik angerechnet.

(2) Die Vorschriften dieses Artikels berühren nicht die nach Artikel XI Absatz 1 dieses Abkommens gewährleisteten Befreiungen von den Steuern der Vereinigten Staaten oder der Bundesrepublik.

Artikel XV A

(1) Eine deutsche Gesellschaft oder Organisation, die ausschließlich religiöse, mildtätige, wissenschaftliche, erzieherische oder öffentliche Zwecke verfolgt, ist in den Vereinigten Staaten steuerbefreit, wenn und soweit sie

- a) in der Bundesrepublik steuerbefreit ist und
- b) in den Vereinigten Staaten steuerbefreit wäre, sofern sie in den Vereinigten Staaten organisiert worden und ausschließlich dort tätig wäre.

(2) Eine amerikanische Körperschaft oder Organisation, die ausschließlich religiöse, mildtätige, wissenschaftliche, erzieherische oder öffentliche Zwecke verfolgt, ist in der Bundesrepublik steuerbefreit, wenn und soweit sie

- a) in den Vereinigten Staaten steuerbefreit ist und
- b) in der Bundesrepublik steuerbefreit wäre, sofern sie eine deutsche Gesellschaft oder Organisation wäre, die ausschließlich in der Bundesrepublik tätig ist.

Artikel XVI

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden die Auskünfte austauschen, die nach den Steuergesetzen der beiden Vertragstaaten bereitgestellt werden können und die notwendig sind für die Durchführung der Vorschriften dieses Abkommens oder für die Verhütung von Hinterziehungen und dergleichen bei den unter dieses Abkommen fallenden Steuern. Alle so ausgetauschten Auskünfte sind geheimzuhalten, dürfen aber den Personen (einschließlich Gerichten oder Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die sich mit der Veranlagung, Erhebung oder Einziehung der unter dieses Abkommen fallenden Steuern oder einer damit zusammenhängenden strafrechtlichen Verfolgung befassen. Auskünfte, die irgendein Handels-, Geschäfts-, gewerbliches oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren offenbaren würden, dürfen nicht ausgetauscht werden.

of income bear to the total amount of all items of income.

2. Where a natural person subject to unlimited tax liability in the Federal Republic is also a resident of the United States for purposes of United States tax or a citizen of the United States, subparagraph 1 (aa) shall apply to those items of income from sources within the United States and those items of capital situated within the United States which, according to that subparagraph, are exempt from Federal Republic tax when received or owned by a natural person who is not a resident of the United States for the purposes of United States tax nor a citizen of the United States. All other items of income and capital shall be included in the basis upon which Federal Republic tax is imposed as if this Convention had not come into force. There shall, however, subject to paragraph 34c of the German Income Tax Act, as amended, be allowed as a credit against Federal Republic income tax the United States tax on such other income from sources within the United States.

(2) The provisions of this Article shall not disturb the exemptions from tax of the United States or of the Federal Republic granted by Article XI (1) of the present Convention.

Article XV A

(1) A German company or organization operated exclusively for religious, charitable, scientific, educational or public purposes shall be exempt from tax by the United States, if and to the extent that—

- (a) such company or organization is exempt from tax in the Federal Republic, and
- (b) such company or organization would be exempt from tax in the United States if it were organized, and carried on all its activities, in the United States.

(2) A United States corporation or organization operated exclusively for religious, charitable, scientific, educational or public purposes shall be exempt from tax by the Federal Republic, if and to the extent that—

- (a) such corporation or organization is exempt from tax in the United States, and
- (b) such corporation or organization would be exempt from tax in the Federal Republic if it were a German company or organization and carried on all its activities in the Federal Republic.

Article XVI

(1) The competent authorities of the contracting States shall exchange such information (being information available under the respective taxation laws of the contracting States) as is necessary for carrying out the provisions of the present Convention or for the prevention of fraud or the like in relation to the taxes which are the subject of the present Convention. Any information so exchanged shall be treated as secret but may be disclosed to persons (including a court or administrative body) concerned with assessment, collection, enforcement or prosecution in respect of taxes which are the subject of the present Convention. No information shall be exchanged which would disclose any trade, business, industrial or professional secret or any trade process.

(2) Jeder der beiden Vertragstaaten darf Steuern des anderen Staates wie seine eigenen Steuern insoweit einziehen, als damit verhindert wird, daß etwaige Steuerbefreiungen oder Ermäßigungen des Steuersatzes, die der andere Staat nach diesem Abkommen gewährt, Personen zugute kommen, die auf diese Vergünstigungen keinen Anspruch haben.

(3) Die Vorschriften dieses Artikels dürfen nicht dahin ausgelegt werden, daß sie einem der Vertragstaaten die Verpflichtung auferlegen, Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von seinen Vorschriften oder von seiner Verwaltungspraxis abweichen, oder die seiner Souveränität, Sicherheit oder dem ordre public widersprechen, oder Angaben zu vermitteln, die weder auf Grund seiner eigenen noch auf Grund der Gesetzgebung des ersuchenden Staates beschafft werden können.

Artikel XVII

(1) Weist ein Steuerpflichtiger nach, daß die Maßnahmen der Steuerbehörden der Vertragstaaten die Wirkung einer den Vorschriften dieses Abkommens widersprechenden Doppelbesteuerung haben oder haben werden, so kann er seinen Fall dem Staat, dem er angehört oder in dem er seinen Wohnsitz hat, oder, sofern es sich um eine Gesellschaft oder eine Körperschaft eines der Vertragstaaten handelt, diesem Staat unterbreiten. Werden die Einwendungen des Steuerpflichtigen als begründet erachtet, so wird die zuständige Behörde des angerufenen Staates anstreben, sich mit der zuständigen Behörde des anderen Staates über eine Vermeidung dieser Doppelbesteuerung zu verständigen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten können zur Durchführung dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren. Treten Schwierigkeiten oder Zweifel bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder hinsichtlich seines Verhältnisses zu Abkommen zwischen einem der Vertragstaaten und anderen Staaten auf, so bemühen sich die zuständigen Behörden, die Frage möglichst schnell im Wege der Verständigung zu regeln.

(3) Insbesondere können die zuständigen Behörden der Vertragstaaten einander konsultieren, um durch Verständigung, wenn möglich, zu erreichen, daß

- a) die gewerblichen Gewinne einem Unternehmen eines der Vertragstaaten und einer in dem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte übereinstimmend zugerechnet werden,
- b) die Gewinne zwischen verbundenen Unternehmen nach Artikel IV übereinstimmend aufgeteilt werden oder
- c) die Quelle für bestimmte Einkünfte übereinstimmend festgelegt wird.

Erzielen die zuständigen Behörden eine solche Verständigung, so werden die Vertragstaaten die Steuern von diesen Einkünften entsprechend der Verständigung erheben, erstatten oder anrechnen.

Artikel XVIII

(1) Die Vorschriften dieses Abkommens berühren nicht das Recht auf andere oder zusätzliche Befreiungen, die den diplomatischen und konsularischen Beamten derzeit zustehen oder ihnen künftig eingeräumt werden könnten.

(2) Durch die Vorschriften dieses Abkommens werden die Ansprüche auf Befreiungen, Abzüge, Steuergutschriften oder andere Vergünstigungen, die derzeit oder künftig durch die Gesetze eines der Vertragstaaten oder durch ein anderes Abkommen zwischen den Vertrag-

(2) Each of the contracting States may collect such taxes imposed by the other contracting State as though such taxes were the taxes of the former State as will ensure that any exemption or reduced rate of tax granted under the present Convention by such other State shall not be enjoyed by persons not entitled to such benefits.

(3) In no case shall the provisions of this Article be construed so as to impose upon either of the contracting States the obligation to carry out administrative measures at variance with the regulations and practice of either contracting State or which would be contrary to its sovereignty, security or public policy or to supply particulars which are not procurable under its own legislation or that of the State making application.

Article XVII

(1) Where a taxpayer shows proof that the action of the tax authorities of the contracting States has resulted or will result in double taxation contrary to the provisions of the present Convention, he shall be entitled to present his case to the State of which he is a citizen or a resident, or, if the taxpayer is a company or a corporation of one of the contracting States, to that State. Should the taxpayer's claim be deemed worthy of consideration, the competent authority of the State to which the claim is made shall endeavor to come to an agreement with the competent authority of the other State with a view to avoidance of double taxation.

(2) The competent authorities of the contracting States may communicate with each other directly to implement the provisions of the present Convention. Should any difficulty or doubt arise as to the interpretation or application of the present Convention, or its relationship to conventions between one of the contracting States and any other state, the competent authorities shall endeavor to settle the question as quickly as possible by mutual agreement.

(3) In particular, the competent authorities of the contracting States may consult together to endeavor to agree

- (a) to the same attribution of industrial or commercial profits to an enterprise of one of the contracting States and to its permanent establishment situated in the other State,
- (b) to the same allocation of profits between related enterprises as provided for in Article IV, or
- (c) to the same determination of the source of particular items of income.

In the event that the competent authorities reach such an agreement taxes shall be imposed on such income, and refund or credit of taxes shall be allowed, by the contracting States in accordance with such agreement.

Article XVIII

(1) The provisions of this Convention shall not be construed to deny or affect in any manner the right of diplomatic and consular officers to other or additional exemptions now enjoyed or which may hereafter be granted to such officers.

(2) The provisions of the present Convention shall not be construed to restrict in any manner any exemption, deduction, credit or other allowance now or hereafter accorded, by the laws of one of the contracting States in the determination of the tax imposed by such

staaten bei der Steuerfestsetzung eingeräumt werden, nicht beschränkt.

(3) Den Staatsangehörigen eines der Vertragsstaaten, die in dem anderen Staat ihren Wohnsitz haben, dürfen dort nicht andere oder höhere Steuern auferlegt werden als den Staatsangehörigen dieses anderen Staates, die dort ihren Wohnsitz haben. Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Staatsangehörige“ umfaßt auch alle juristischen Personen, Personengesellschaften (partnerships) und Vereinigungen, die nach dem in dem einen oder anderen Vertragsstaat geltenden Recht errichtet oder organisiert sind. In diesem Artikel werden unter dem Ausdruck „Steuern“ Abgaben jeder Art oder Bezeichnung verstanden ohne Rücksicht darauf, ob sie Abgaben des Bundes, der Staaten, Länder oder Gemeinden sind.

Artikel XIX

(1) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten können Richtlinien erlassen, die für die Anwendung dieses Abkommens in ihrem Staatsgebiet erforderlich sind.

(2) Zum Zwecke der Anwendung dieses Abkommens können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel XX

(1) Dieses Abkommen gilt auch von dem in Artikel XXI Absatz 1 bezeichneten Zeitpunkt ab für das Land Berlin, welches für die Zwecke dieses Abkommens nur die Gebiete umfaßt, über welche der Senat von Berlin hoheitliche Befugnisse ausübt.

(2) Die Gültigkeit dieses Abkommens für das Land Berlin im Sinne von Absatz 1 hängt davon ab, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorher der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine schriftliche Erklärung abgibt, daß alle für die Anwendung dieses Abkommens in Berlin erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens gemäß Absatz 1 und 2 dieses Artikels auf das Land Berlin gelten die Bezugnahmen in diesem Abkommen auf die Bundesrepublik auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin.

Artikel XXI**)

(1) Dieses Abkommen ist sobald wie möglich zu ratifizieren und die Ratifikationsurkunden sind sobald wie möglich in Bonn auszutauschen. Das Abkommen ist auf die Steuerjahre anzuwenden, die am oder nach dem ersten Januar des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattfindet.

(2) Dieses Abkommen bleibt für einen Zeitraum von fünf Jahren, beginnend mit dem Kalenderjahr, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattfindet, und nach Ablauf dieses Zeitraums auf unbestimmte Zeit in Kraft, kann aber am Ende des Fünfjahreszeitraums oder jederzeit danach von jedem der beiden Vertragsstaaten unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten gekündigt werden. Im Fall einer Kündigung tritt das Abkommen für die Steuerjahre außer Kraft, die am oder nach dem ersten Januar beginnen, der auf den Ablauf der sechsmonatigen Kündigungsfrist folgt.

* Fassung gemäß dem Notenwechsel vom 4. 17. Januar 1955 (Bekanntmachung des Bundesministers des Auswärtigen vom 5. April 1955, Bundesgesetzbl. II S. 624).

** Das Abkommen in der Fassung vom 22. Juli 1954 ist vom 1. Januar 1954 an anzuwenden gewesen (Bekanntmachung vom 11. Januar 1955, Bundesgesetzbl. II S. 6). Die vorstehende Fassung des Abkommens ist, soweit nicht zu den einzelnen Vorschriften etwas anderes vermerkt ist, vom 1. Januar 1965 an anzuwenden (Artikel 17 des Protokolls in Verb. mit der Bekanntmachung vom 8. Februar 1966, Bundesgesetzbl. II S. 92).

State, or by any other agreement between the contracting States.

(3) The citizens of one of the contracting States shall not, while resident in the other contracting State, be subject therein to other or more burdensome taxes than are the citizens of such other contracting State residing in its territory. The term "citizens" as used in this Article includes all juridical persons, partnerships and associations created or organized under the laws in force in the respective contracting States. In this Article the word "taxes" means taxes of every kind or description, whether Federal, State, Laender or municipal.

Article XIX

(1) The competent authorities of the two contracting States may prescribe regulations necessary to carry into effect the present Convention within the respective States.

(2) The competent authorities of the two contracting States may communicate with each other directly for the purpose of giving effect to the provisions of this Convention.

Article XX

(1) The present Convention shall also apply from the date specified in paragraph (1) of Article XXI to Land Berlin which for the purposes of this Convention comprises those areas over which the Berlin Senate exercises jurisdiction.

(2) It is a condition to the application of this Convention to Land Berlin in accordance with the preceding paragraph that the Government of the Federal Republic shall previously have furnished to the Government of the United States of America a notification that all legal procedures in Berlin necessary for the application of this Convention therein have been complied with.*)

(3) After application of this Convention to Land Berlin in accordance with paragraphs (1) and (2) of this Article references in this Convention to the Federal Republic shall also be considered references to Land Berlin.

Article XXI**)

(1) The present Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Bonn as soon as possible. It shall have effect for the taxable years beginning on or after the first day of January of the year in which such exchange takes place.

(2) The present Convention shall continue effective for a period of five years beginning with the calendar year in which the exchange of the instruments of ratification takes place and indefinitely after that period, but may be terminated by either of the contracting States, at the end of the five-year period or at any time thereafter, provided that at least six months' prior notice of termination has been given and, in such event, the present Convention shall cease to be effective for the taxable years beginning on or after the first day of January next following the expiration of the six-month period.

EINBANDEDECKEN für den Jahrgang 1965

Teil I: 6,— DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

Teil II: 6,— DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

**Das Titelblatt, die zeitliche Übersicht und das Sachverzeichnis für Teil I, die
Titelblätter und die zeitliche Übersicht für Teil II lagen jeweils der Nr. 6/1966 bei.**

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift, wie in den vergangenen Jahren.

Lieferung erfolgt gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto
„Bundesgesetzblatt“ Köln 399 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung.

„BUNDESGESETZBLATT“ BONN · POSTFACH